

gemeinsame **Pressemitteilung**

24. 1. 2013

Unternehmensverband trifft SPD-Kreistagsfraktion Ostholstein

Vorstand und Geschäftsführung des Unternehmensverbandes Ostholstein-Plön setzen eine Tradition fort und treffen sich regelmäßig mit Kreistagsfraktionen aus der Region zum Gespräch. Zum ersten Gedankenaustausch im Jahr 2013 begrüßte der Vorsitzende der SPD-Fraktion des Kreistages Ostholstein, Burkhard Klinke, den Vorstandsvorsitzenden des UV, Werner Süß und Geschäftsführer Eberhard Rauch im Kreishaus in Eutin.

Auf der Tagesordnung standen die Themen Verwaltungsstrukturreform, Bürokratieabbau, Leiharbeit, Mindestlohn, Tariftreugesetz, Energiekosten und Breitbandversorgung.

Werner Süß wiederholte die oftmals erhobene Forderung des Unternehmensverbandes nach einer Verwaltungsstrukturreform im Lande, die insbesondere vor dem Hintergrund einer notwendigen Kostenreduzierung und Konsolidierung der öffentlichen Haushalte dringend notwendig sei. Er mahnte dringend eine engere Zusammenarbeit der Kreise Ostholstein und Plön an. Als möglichen ersten Schritt schlägt der UV eine gemeinsame Wirtschaftsförderung vor, was bei der SPD nicht auf Ablehnung stieß.

Leiharbeit ist nach Ansicht beider Gesprächspartner grundsätzlich notwendig, um in Einzelfällen Auftragspitzen flexibel abfedern zu können. Die SPD-Vertreter verwiesen jedoch darauf, dass dies nicht zu Billiglöhnen führen dürfe und arbeitsrechtlichen bzw. tarifvertraglichen Lösungen der Vorzug zu geben wäre. Auf jeden Fall sei die Anzahl der Leiharbeitsverhältnisse dringend zu begrenzen.

Jeder sozialversicherungspflichtig Beschäftigte müsse von seinem Einkommen leben können, dies erfordere vor allem einen flächendeckenden Mindestlohn. Diese Forderung wird vom UV nicht geteilt. Süß bekräftigte, dass Arbeitnehmer gerecht entlohnt werden müssten, verwies jedoch auf die Tarifautonomie und auf Beispiele, wonach Mindestlöhne in bestimmten Branchen zwischen den Tarifpartnern erfolgreich ausgehandelt wurden. Situation und Entwicklung der öffentlichen Haushalte dürften nicht Kriterium zur Festsetzung eines Mindestlohns sein. Der zur Zeit diskutierte Entwurf des Tariftreugesetzes ist nach Ansicht der regionalen Wirtschaft nicht geeignet, das Ziel zu erreichen, öffentliche Aufträge möglichst wirtschaftlich unter Berücksichtigung von Sozialverträglichkeit, Umweltschutz und Energieeffizienz unter gleichzeitiger Verbesserung der Angebotsqualität zu fördern. Vielmehr werde eine immense zusätzliche Bürokratie sowohl bei den vergebenden Stellen als auch bei den Betrieben aufgebaut. In der Praxis sei ein solches Gesetz weder bei den Unternehmen noch im Verwaltungsvollzug umsetzbar. Die Kreistagsfraktion könnte sich bei einigen vorgesehenen Regelungen auch andere Lösungen vorstellen, halte das Gesetz aber unter Hinweis auf die bisherigen Anläufe für überfällig und mahnte eine Ausdehnung auch auf kommunalen Ebenen an.

In der Diskussion über die Unzulänglichkeiten bei der Umsetzung der Energiewende war man sich einig, dass dringend ein Masterplan erforderlich sei, um rasch zu Ergebnissen zu kommen.

Eberhard Rauch wies erneut darauf hin, dass die steigenden Stromkosten nicht nur Familien mit geringen Einkünften über Gebühr, sondern vor allem auch Betriebe in Branchen mit hohem Energieverbrauch treffen. (der UV hatte zu diesem Thema kürzlich in einer Pressekonferenz Stellung bezogen). Befreiende Regelungen seien in Schleswig-Holstein die Ausnahme, in der Region OH und Plön treffen sie bei keinem Unternehmen zu. Um Arbeitsplätze zu erhalten, bestehe hier dringender Handlungsbedarf.

Einigkeit herrschte auf beiden Seiten, dass die Breitbandversorgung in der Region als absolut unzulänglich zu bezeichnen ist. Derzeit verfügen 71% der Gewerbebetriebe zwischen Fehmarn und Bad Schwartau über einen Internetanschluss von maximal 2 Megabit. Damit liegt die Region deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. SPD-Fraktion und Unternehmensverband wollen die von der EGOH angestoßene Initiative zum Aufbau eines Zweckverbandes in Ostholstein weiter unterstützen und vorantreiben. Es geht hier um ein wichtiges Standort-Kriterium, auch bei der dringend erforderlichen Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe. „Die SPD Fraktion hat deswegen diese Angelegenheit auch auf die nächste Sitzung des Wirtschafts- und Planungsausschusses des Kreises setzen lassen. Die Breitbandversorgung wird eine mit der wichtigsten Aufgaben für den neu gewählten Kreistag im Mai 2013 sein, denn Breitbandnetze sind ebenso wichtig wie Schienen-, Straßen- und Wasserwege“ führte Burkhard Klinke aus.

Abschließend betonten sowohl Burkhard Klinke als auch Werner Süß, dass es in vielen Bereichen an entsprechend konsequenter Planung fehle. Man will weiter im Gespräch bleiben und gemeinsam Wege zur Verbesserung der Situation der regionalen Wirtschaft suchen.

SPD Kreistagsfraktion
Burkhard Klinke

Unternehmensverband OH/Plön
Geschäftsführer Eberhard Rauch